

Informationsdienst des CGB

INTERN

Ausgabe Januar 2012

Der Bundesvorsitzende hat das Wort

Gesundheitsreform braucht ein tragfähiges Fundament

Zum Jahresbeginn stehen die Sozialversicherungen auf gesunden Beinen. Dank der guten Konjunktur und steigende Beschäftigung spülen Milliarden in die Sozialkassen.

Die Rentner können nach vielen mageren Jahren 2012 sogar mit einer ansehnlichen Anhebung ihrer Bezüge rechnen. Gleichzeitig werden die Beitragszahler entlastet. Selbst die traditionell notleidenden gesetzlichen Krankenversicherungen haben – von einigen Ausnahmen abgesehen – gut gefüllte Konten.

Dies ist die blendende Ausgangslage Deutschlands zu Beginn des Jahres verglichen mit vielen Nachbarländern, welche seit Monaten eine Schiefelage haben. Hinter den vollen Kassen erhebt sich allerdings ein Berg ungelöster Probleme.

Gesundheitsminister Daniel Bahr hat von seinem Vorgänger Philipp Rösler (beide FDP) die Aufgabe geerbt, die Pflegeversicherung zu reformieren. Ziel dieser längst überfälligen Reform ist es, Leistungen für Demenzzranke zu ermöglichen und pflegende Angehörige besser abzusichern.

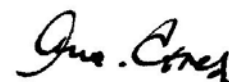
Bahr ist auf diesem Weg nur spärlich vorangekommen. Schlimmer noch: Der Vorsitzende des der Reform beauftragten Beirats hat kürzlich unter Protest hingeworfen. Er kritisiert dabei das nach seiner Ansicht fehlende Finanzierungskonzept und den mangelnden politischen Willen des Ministers.

Ohne zusätzliches Geld und damit einhergehend steigende Beiträge würden die in Aussicht gestellten Leistungsverbesserungen nicht möglich sein. Bei der Krankenversicherung ist der neue Einheitsbeitrag dagegen so üppig bemessen, dass notwendige Verbesserungen, etwa für Landärzte, locker bezahlt werden können. Für notwendige Einsparungen an anderer Stelle, etwa für den Abbau von Überversorgungen oder von überholten Leistungen, hat der Minister dagegen weder den Willen noch die politische Durchsetzungsfähigkeit.

Wie sonst ist es zu erklären, wenn die Versicherten Jahr für Jahr auf der einen Seite Milliarden für wenig sinnvolle Leistungen aufbringen, während an anderer Stelle Mangel und Zuteilungswirtschaft herrschen. Zum Jahresbeginn blickt man hoffnungsvoll auf den riesigen „Dampfer“ der zukünftigen Gesundheitsversorgung, insbesondere bei Pflege und Demenzzranke.

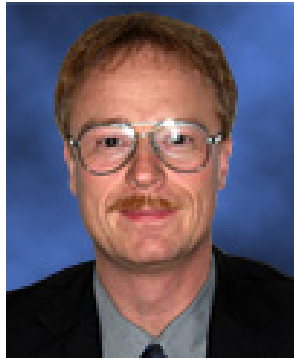
Kapitän Bahr muss mit seinen „Matrosen“ durch „schwierige Brandung“ die Gesundheitsreform „in ruhige Gewässer“ bringen, damit am Ende auch ein stabiles Gesundheitssystem für alle erkennbar ist.

Matthäus Strebl, Bundesvorsitzender

Matthäus Strebl
Bundesvorsitzender

Zusatzbeiträge der gesetzlichen Krankenkassen oder die Geschichte der Rechnung ohne den Wirt



Christian Hertzog
Generalsekretär

Für alle Experten war es völlig klar und stand unausweichlich fest. Ohne Zusatzbeiträge der Versicherten ist das deutsche Gesundheitssystem nicht zu retten.

Die Bundesregierung tat ihr Bestes, um den Bürger von der Notwendigkeit dieser Zusatzbeiträge, die selbstverständlich nur einseitig der Versicherte zahlen darf, um den Arbeitgeber zu entlasten, zu überzeugen. Die Krankenkassen und ihre Interessenverbände ihrerseits wurden nicht müde, die hohen Kosten im Gesundheitswesen hervorzuheben, wodurch Zusatzbeiträge absolut unverzichtbar seien. Nur so könne kostendeckend gearbeitet werden.

Die Realität Anfang des Jahres 2012 sieht hingegen anders aus. Nur wenige Versicherte müssen den Zusatzbeitrag tatsächlich zahlen. Wieso ist das so? Haben die Verantwortlichen die viel zitierte Rechnung ohne den Wirt gemacht?

Nach der Prognose der vergangenen Jahre sollte inzwischen eigentlich so ziemlich jeder Versicherte den Zusatzbeitrag leisten. Dies ist nicht nur nicht eingetreten, vielmehr ist heute der Zusatzbeitrag die absolute Ausnahme geworden und es zeichnet sich ab, dass er wohl in absehbarer Zeit auch nicht mehr erhoben wird. Im Jahr 2012 wird nach bisherigen Informationen voraussichtlich keine weitere Krankenkasse Zusatzbeiträge erheben und von den bisher zwölf Kassen, die diese zusätzlichen Beiträge erhoben haben, haben zehn angekündigt, im Laufe des Jahres auf diese zusätzlichen Beiträge zu verzichten. Zusatzbeiträge erheben dann nur noch die BKK Hoesch (15,- Euro/Monat) und die BKK Publik (8,- Euro/Monat). Es ist allerdings zu erwarten, dass diese beiden vergleichsweise kleinen Krankenkassen angesichts der Gesamtsituation dies nochmal überdenken.

Im Ergebnis werden somit ab dem zweiten Quartal diesen Jahres, wenn die Krankenkasse DAK als die wohl größte Krankenkasse mit Zusatzbei-

trägen auf eben diese verzichtet, nur noch ein verschwindend geringer Teil der Versicherten von den Zusatzbeiträgen betroffen sein.

Ein Grund für diese Entwicklung liegt sicher in der gewachsenen wirtschaftlichen Stärke der Krankenkassen. Im Jahr 2011 konnten die Krankenkassen durch die kräftige Konjunktur und der deutlichen Zunahme von versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen große Einnahmezuwächse verbuchen, sowie deutliche Überschüsse erwirtschaften. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch politische Weichenstellungen zur Kostensenkung im Gesundheitswesen, insbesondere bei den Ausgaben für Arzneimittel. Wäre dies anders könnte die Rücknahme der Zusatzbeiträge nach der geltenden Rechtslage auch nicht vom Bundesversicherungsamt genehmigt werden.

Viel mehr als die wirtschaftliche Entwicklung hat aber der Versicherte selbst zu der aktuellen Situation beigetragen. Die Macht des Verbrauchers hat die Zusatzbeiträge zu Fall gebracht. Das stetige und konsequente Wechseln der Versicherten, vor allem der Versicherten mit gutem Versicherungsrisiko, zu einer Krankenkasse ohne Zusatzbeitrag, hat dafür gesorgt, dass die Zusatzbeiträge nicht zu Mehreinnahmen, sondern zu deutlichen Mindereinnahmen führten. Das Abwandern gerade gut verdienender junger Mitglieder ohne größere gesundheitliche Risiken führte zu einer relativen Erhöhung der Kosten, die durch das Beitragsvolumen nicht mehr gedeckt war.

Wie das Beispiel der Insolvenz der City BKK gezeigt hat, bedrohte der durch diese Mindereinnahmen und relativer Kostenerhöhung verursachte Verlust der Finanzkraft auch die Existenz so mancher Krankenkasse. Es hatte außerdem im vergangenen Jahr oft den Anschein, als würde sich der von der Politik propagierte Wettbewerb unter den Krankenkassen darauf beschränken, welche der Krankenkassen am ehesten auf einen Zusatzbeitrag verzichten kann. Man muss kein Prophet sein, um festzustellen, dass dies von der Politik wohl so nicht beabsichtigt war.

Insofern haben sowohl Politik als auch die Krankenkassen selbst die sprichwörtliche Rechnung ohne den Wirt - die Versicherten - gemacht. Im Ergebnis hat sich gezeigt, dass die Macht des Verbrauchers, hier konkret die Macht der Versicherten nicht unterschätzt werden darf und das ist auch gut so.

Christian Hertzog
Generalsekretär

Aus den Gewerkschaften

DHV ruft Auszubildende auf zur Teilnahme am Berufswettkampf 2012! Bürgerchaftspräsident Christian Weber, Schirmherr.



Bremen den 18.01.2012. - Die Berufsgewerkschaft DHV ruft alle kaufmännischen Auszubildenden aus Bremen, Bremerhaven, Delmenhorst, Diepholz, Oldenburg, Osterholz-Scharmbeck, Rotenburg, Syke und Verden auf zur Teilnahme am **BERUFSWETTKAMPF 2012 am Sonnabend, 18. Februar 2012 in der Zeit von 10.00 bis 12.30 Uhr in der Universität Bremen, GW1, Hörsaal, Raum-Nr. H0070, Universitätsallee, 28359 Bremen.** Teilnehmen an diesem freiwilligen Leistungstest können alle Auszubildende mit einem Ausbildungsvertrag als Bank-, Büro-, Einzelhandels-, Groß- und Außenhandels-, Industrie-, oder Speditionskaufmann/-frau sowie Auszubildende zum Kaufmann/zur Kauffrau für Bürokommunikation und zum Kaufmann/ zur Kauffrau für Versicherungen und Finanzen.

Der DHV-Berufswettkampf bietet Auszubildende die Möglichkeit, den eigenen Ausbildungsstand einmal unabhängig von Berufsschule und Ausbildungsbetrieb zu überprüfen. Erkannte Wissenslücken können rechtzeitig vor der Zwischen- bzw. Abschlussprüfung der IHK geschlossen werden. Wie bei der IHK-Prüfung, sind auch die Aufgaben des DHV-Berufswettkampfes allein an den jeweiligen Ausbildungsordnungen ausgerichtet und damit unbeeinflusst von dem, was in Berufsschule oder Betrieb tatsächlich an Kenntnissen und Fertigkeiten vermittelt wurde. Die Auswertung der Wertkämpfarbeiten erfolgt anonym. Die Ergebnisse werden vom Veranstalter vertraulich behandelt und nur den Teilnehmern mitgeteilt. Als Leistungsanreiz winken für die Wettkampfsieger Urkunden und Buchpreise, die der Schirmherr des Wettkampfes, der Präsident der Bremischen Bürgerschaft Christian Weber, im Rahmen eines Empfangs überreichen wird.

Die DHV ist die einzige Gewerkschaft, die seit Jahrzehnten regelmäßig Berufswettkämpfe für kaufmännische Auszubildende durchführt. Jahr für Jahr nehmen bundesweit mehr als zehntausend Berufsanfänger diese Möglichkeit des freiwilligen Leistungstestes wahr. Der DHV liefert der Berufswettkampf wichtige Vergleichsdaten über den Stand der kaufmännischen Berufsausbildung in den einzelnen Bundesländern.

Presseerklärung DHV vom 18. Januar 2012

Informationsdienst des CGB

Verein katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL)

Verein katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL)
Berufsverband mit klarer Linie



lehnt Ausbremsungsmanöver der Arbeitgeberverbände in Sachen „Betreuungsgeld“ ab!

Essen, 3. Januar 2012. – Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt hat am Jahresende einen Verzicht auf das geplante Betreuungsgeld verlangt und damit einen katastrophalen Akzent zum Jahresstart gesetzt: „Die Stimmungsmache gegen die sinnvolle und notwendige Einführung des Betreuungsgeldes zeugt von Unkenntnis der Kleinkinder-Entwicklung und von wenig Weitblick“, sagt Roswitha Fischer, Bundesvorsitzende des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen e.V. (VkdL).

Der VkdL ist davon überzeugt, dass diese egoistische Sicht der Wirtschaft vielleicht kurzfristig mehr Frauen in Erwerbsarbeit, aber langfristig großen volkswirtschaftlichen Schaden bringt: Die zu frühe Krippenbetreuung und Fremderziehung wird für Kinder verheerende Auswirkungen haben, die in einigen Jahren unerbittlich als Rollback auf die Gesellschaft zurückfallen. Eine immer stärkere Bindungslosigkeit und Desorientiertheit ist bereits jetzt in Familien, Schulen und öffentlichen Einrichtungen festzustellen. Dieser Trend wird sich verschärfen. Zahlreiche Studien belegen, dass die Beziehung zu einer festen und konstanten Bezugsperson in den ersten Jahren von immenser Bedeutung für die Ausbildung sozialer und emotionaler Kompetenzen ist.

Das Ausbremsungsmanöver der Arbeitgeberverbände ist ein falsches Signal zu einer Zeit, in der ohnehin Wirtschaft und Finanzwelt kränkeln: Mit der Angst vor dem Verlust der Wirtschaftsmacht kann man vor allem Politiker ködern. Aber wer wird am Ende die Zeche zahlen, wenn wir in absehbarer Zeit nicht ausbildungsfähige Jugendliche haben, denen mit teuren Trainingsprogrammen geholfen werden muss?

Presseerklärung VkdL vom 03. Januar 2012

Manroland: „Wie die Schafe zur Schlachtbank“ CGM schockiert von den Massentlassungen



Stuttgart, 23.01.2012. - Die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) ist schockiert über die hohe Zahl an Entlassungen, die trotz des gefundenen Investorenkonzeptes bei Manroland in Augsburg,

Offenbach und Plauen anstehen. Auf den heutigen Betriebsversammlungen in den drei Standorten wurde bekannt gegeben, wie es mit den einzelnen Produktionsstandorten weitergehen soll. Fest steht, dass der Druckmaschinenhersteller aufgespalten wird: Das Werk in Augsburg geht zum 31. Januar in die Insolvenz, wird aber Mitte Februar von der Unternehmensgruppe Possehl übernommen. Diese Übernahme wurde von den Augsburger Beschäftigten erst einmal positiv aufgenommen, da als Alternative lediglich ein amerikanischer Investor zur Verfügung stand, der von vielen als „Heuschrecke“ eingestuft wurde.

Dennoch herrscht in Augsburg Trauerstimmung, werden doch auch hier von den 2.200 bestehenden Stellen rund 700 abgebaut. Im Moment läuft dort ein trauriges Verfahren: Die Mitarbeiter müssen sich einen Brief abholen, in dem ihnen mitgeteilt wird, ob sie zu den Glücklichen gehören, die weiterhin bei Manroland beschäftigt sind, oder zu denen, die in eine Transfergesellschaft übernommen werden, spätestens aber nach sechs Monaten ohne jegliche Abfindung auf der Straße stehen. Besonders hart trifft es vor allem auch die Beschäftigten, die einen Altersteilzeitvertrag abgeschlossen haben, der ihnen jetzt gekündigt wurde. Der Augsburger CGM-Geschäftsführer Peter Kalisch beschreibt die Stimmung vor Ort derzeit so: „Die Kolleginnen und Kollegen fühlen sich wie Schafe auf dem Weg zur Schlachtbank“. In Offenbach und Plauen ist die Situation sogar noch schlimmer: Auch diese beiden Werke gehen zum 31. Januar in die Insolvenz, es wurde bisher jedoch noch kein Investor gefunden. Möglicherweise wird das Plauener Werk, das über 400 Stellen reduzieren muss, mittelfristig ebenfalls von Possehl übernommen. Für das Offenbacher Werk, in dem über 1.000 Stellen abgebaut werden, ist im Moment noch keine Lösung in Sicht. Entsprechend schlecht ist die Stimmung dort: „Die Mitarbeiter haben pure Existenzangst“, so der für Offenbach zuständige CGM-Geschäftsführer René Michael.

Stellungnahme der KFG – KRAFT-FAHRERGEWERKSCHAFT IM CGB zum Langlaster (Gigaliner)
„Wir halten den Langlaster aus ökonomischer und ökologischer Sicht für notwendig und vorteilhaft.“



Ökologisch: Die Zahl der LKW kann, zumindest für einige Zeit, verringert werden. Durch weniger Kraftstoffverbrauch wird die Luft weniger belastet. Durch mehr Achsen werden die Straßen we-

niger belastet, weniger Gewicht pro Achse, und somit geschont. Das müssten eigentlich gerade die Umweltschützer zu schätzen wissen!

Ökonomisch: Billigere Transporte durch weniger Kraftstoffverbrauch. Effizientere Planung durch mehr Ladevolumen.

Allerdings halten wir 44 Tonnen für dieses Volumen für zu wenig. Es sollte schon auf 50 Tonnen begrenzt werden. Sollte man hier auf zu hohe Gefahren hinweisen, können wir dem entgegen-treten. Jede zusätzliche Achse bringt zusätzliche Bremsen!!! Da die Branche jetzt schon Personalmangel beklagt, könnte man, zumindest für einige Zeit, dem dadurch entgegen wirken. Der Langlaster ist, so die Erfahrung schwedischer Kollegen, mit Motorwagen und Trailer als Hänger in ähnlich manövrierfähig wie ein herkömmlicher Sattelzug oder Gliederzug, wenn man nur die Länge des Zuges im Auge behält. In den Niederlanden wurde jetzt grünes Licht für diese LKW gegeben. Aber gerade dort ist es oft engräumiger als bei uns in Deutschland. Dort akzeptiert man den ökologischen und ökonomischen Aspekt als Vorteil. Seit Jahrzehnten fahren diese LKW nun schon in Schweden. Warum nutzt man da nicht deren Erfahrung und versucht diese hier auf die Gegebenheiten in Deutschland zu übertragen? Warum muss Deutschland das Rad zweimal erfinden? Ein wichtiger Aspekt ist natürlich auch der sehr hohe Anspruch unserer Gesellschaft, schnell und jeder Zeit über Waren verfügen zu können. Hohe Lagerkosten sollen vermieden werden, so verlegt man die Lagerung von Waren schon seit Jahren auf die günstige Variante LKW. Will man diesem hohen Anspruch weiterhin gerecht werden, ist es in absehbarer Zeit eine notwendige Maßnahme, Langlaster auf unseren Straßen zu akzeptieren.

Hier ist Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung dringend notwendig.

Willy Schnieders 19.01.2012

Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin

Telefon: 030/21 02 17-30

Fax: 030/21 02 17-40

E-Mail: cgb.bund@cgb.info

Internet: www.cgb.info

ViSdP: Christian Hertzog, Anne Kiesow

Redaktion: Anne Kiesow, Christian Hertzog

Layout: Michaela Bahner

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.